

I-04 Für das Bürgergeld: Deutliche Erhöhung und neue Regelsatzberechnung jetzt!

Gremium:	BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum:	31.08.2022
Tagesordnungspunkt:	I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Mit dem Wechsel von „Hartz IV“ zum Bürgergeld soll nicht nur eine Namensänderung
2 erfolgen,
3 sondern auch ein Paradigmenwechsel stattfinden, um u.a. soziokulturelle Teilhabe zu
4 ermöglichen.
- 5 Im Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ wurden bereits wesentliche
6 Weichenstellungen
7 für die Einführung des Bürgergeldes vorgenommen, z.B.:
8 „Anstelle der bisherigen Grundsicherung (Hartz IV) werden wir ein Bürgergeld
9 einführen. Das
10 Bürgergeld soll die Würde des und der Einzelnen achten, zur gesellschaftlichen
11 Teilhabe
12 befähigen sowie digital und unkompliziert zugänglich sein.
13 Wir gewähren in den ersten beiden Jahren des Bürgergeldbezuges die Leistung ohne
14 Anrechnung
15 des Vermögens und anerkennen die Angemessenheit der Wohnung...
16 Wir werden eine Reform auf den Weg bringen, ... dass die Transferenzugsraten die
17 günstigsten
18 Wirkungen hinsichtlich Beschäftigungseffekten und Arbeitsmarktpartizipation in
19 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erzielen, die Zuverdienstmöglichkeiten
20 verbessert und Grenzbelastungen von 100 und mehr Prozent ausgeschlossen werden.
21 Zur
22 Entwicklung des Reformmodells wird eine unabhängige Kommission aus mehreren
23 hierfür
24 qualifizierten unabhängigen Instituten beauftragt.“
- 25 Angesichts der multiplen krisenhaften Entwicklungen seit der Entstehung des
26 Koalitionsvertrags ist nun dringend eine Neubewertung einzelner Maßnahmen
erforderlich, um
eine weitere Verarmung von Leistungsbeziehenden zu verhindern und das Ziel
gesellschaftlicher Teilhabe zu verwirklichen. Die dafür erforderliche Reform der
Gesetzgebung besteht – neben den aktiven Leistungen – aus vielen Elementen
finanzieller,
struktureller und organisatorischer Art. Dieser Antrag fokussiert bewusst auf die
grundsätzlich reformbedürftigen finanziellen Aspekte, die in der aktuellen
Krisensituation
besonders weitreichende Auswirkungen für die Menschen haben.
- Die Berechnung der Regelsätze für die bisherige Grundsicherung ist grundsätzlich
falsch
aufgestellt. Sie geht an der Lebenswirklichkeit der Bürger*innen vorbei. Die

soziokulturelle

27 Teilhabe ist so nicht möglich. Bereits in den letzten Jahren waren die Anpassungen der
28 Regelsätze unzureichend und lagen schon vor der aktuell gestiegenen Inflation weit
unter der
29 Preisentwicklung für Waren des täglichen Bedarfs und für Dienstleistungen. Dazu
trugen das
30 Heraus- und Kleinrechnen von lebensnotwendigen Ausgaben aus dem für den
Regelsatz relevanten
31 Bedarf bei. Bezieher*innen der Grundsicherung werden von der Gesellschaft
abgekoppelt und
32 fühlen sich nicht mehr dazugehörig. Sie werden von der gesellschaftlichen Teilhabe
33 ausgeschlossen mit allen negativen Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft
und den
34 demokratischen Staat.

35 Aktuell hat sich die bei den Koalitionsverhandlungen bestehende Ausgangslage
erheblich
36 verändert. Die inflationäre Preisentwicklung stellt vor allem Haushalte mit geringem
37 Einkommen vor sehr große Herausforderungen. Durch die extremen Verteuerungen bei
Heizenergie
38 und Strom sowie Lebensmitteln hat sich ihre Situation in den letzten Monaten weiter
deutlich
39 verschlechtert.

40 Infolge der aktuellen Entwicklung ist die reale Kaufkraft der Bezieher*innen von
41 Grundsicherungsleistungen deutlich gesunken und die Schere zwischen Arm und Reich
noch
42 weiter auseinander gegangen. Die gestiegenen Preise, bedingt durch Corona-Krise,
Inflation,
43 Energiekosten und Ukraine-Krieg, sind auch durch die im Sommer erfolgte
Einmalzahlung von
44 insgesamt 200 Euro (100 Euro für gestiegene Lebenshaltungskosten + 100 Euro für
zusätzliche
45 Kosten, z.B. Masken) nicht annähernd ausgeglichen worden.

46 Es besteht daher akuter Handlungsbedarf. Wir GRÜNE fordern Bundesregierung und
Bundestag
47 auf, umgehend wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu beschließen.

48 1. Sofort (spätestens zum 01.01.2023) umgesetzt werden sollen:

49 a) Deutliche Erhöhung des monatlichen Regelsatzes für die Grundsicherung je
Erwachsenen (und
50 adäquat für Kinder), um die Zahlungsfähigkeit der Leistungsbezieher*innen
sicherzustellen;

51 b) zusätzliche Übernahme der Stromkosten außerhalb des Regelsatzes;

52 c) Aussetzung der Angemessenheitsprüfung für die Kosten der Unterkunft für 2 Jahre
auch für
53 „Altfälle“, für die die Mietkosten schon jetzt nicht mehr vollständig übernommen
werden;

- 54 d) kein Abzug vom Regelsatz während des laufenden Mietverhältnisses, wenn
55 Darlehen für
56 Mietkautionen gewährt werden.
- 57 In Summe sollen die o.g. Maßnahmen zu einer Erhöhung von mindestens 200 Euro
58 führen.
- 59 2. Kurzfristig und mit hoher Priorität sind außerdem folgende weitere
60 Maßnahmen
61 erforderlich:
- 62 a) Im Zusammenhang mit der Einführung des Bürgergelds sollen grundsätzliche
63 Veränderungen
64 für die Methodik der Regelsatzberechnung auf den Weg gebracht werden. Dabei
65 müssen
66 grundlegende Annahmen neu justiert werden. Dies soll zu einer realistischeren
67 Bewertung der
68 notwendigen Ausgaben und zur Sicherstellung ausreichender und weitgehend
69 automatischer
70 Regelsatzanpassungen führen. Dazu ist eine Überarbeitung der Methodik im neuen
71 Regelbedarfs-
72 Ermittlungsgesetz (RBEG) erforderlich. Derzeit werden die Regelsätze zu Lasten der
73 Leistungsbeziehenden bei Gütern des täglichen Bedarfs zu gering berechnet, und
74 vielerlei
75 Bedarfe des soziokulturellen Existenzminimums werden nicht angemessen
76 einbezogen.
- 77 b) Im Zusammenhang mit der Einführung des Bürgergelds sollen grundsätzliche
78 Veränderungen
79 für die Methodik der Auszahlungen des Regelsatzes in Richtung einer an die Steuer-ID
80 geknüpften Auszahlung (durch die Finanzämter) auf den Weg gebracht werden.
- 81 c) Bereits eingetretene oder absehbare Veränderungen in der Preisentwicklung
82 müssen künftig
83 frühzeitig und weitgehend automatisch zu Anpassungen der Regelsätze führen.
84 Derzeit erfolgt
85 dies erst mit bis zu einem Jahr Verzögerung. Die vorausschauende Anpassung ist auch
86 aus
87 verfassungsrechtlicher Sicht erforderlich.
- 88 d) Kommunen sollen gesetzlich die Möglichkeit erhalten, regionale Besonderheiten
89 durch
90 kommunale Zuschläge zu den Regelsätzen aufzufangen. Diese kommunalen Zuschläge
91 dürfen nicht
92 auf den Bedarf angerechnet werden.
- 93 e) Um der Dringlichkeit der dargestellten Probleme gerecht zu werden, muss
94 unverzüglich eine
95 Expert*innenkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die genannten
96 methodischen
97 Veränderungen eingesetzt werden. Sie soll dabei auch die Vorschläge der
98 Sozialverbände und
99 Gewerkschaften einbeziehen.

Begründung

Unserem Ziel einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft kommen wir nur dann näher, wenn die Teilhabe aller Menschen ermöglicht wird. Die Systematik der Grundsicherung u.a. mit unzureichenden Regelsätzen war dazu schon vor den aktuellen Krisen nicht geeignet. Der Reformbedarf wurde im Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ grundsätzlich anerkannt; durch die teils explosionsartigen Teuerungen der letzten und absehbar der kommenden Monate gerade bei den Waren und Dienstleistungen, die den größten Teil der Ausgaben von Grundleistungsbezieher*innen ausmachen, entsteht aber ein sehr elementarer, dringender Anpassungs- und Reformbedarf.

Unser Antrag beschränkt sich bewusst auf die dringendsten finanziellen Aspekte der notwendigen umfänglicheren Reform in einem Gesamtpaket, weil jetzt Menschen in Deutschland von absoluter Armut betroffen sind. Und dies in einem Ausmaß, das bisher unvorstellbar war und eine Gefahr für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Strukturen darstellt.

Deshalb müssen nun dringend systemische Veränderungen vorgenommen werden. Die Forderungen enthalten sowohl sofortige Erhöhungen von Leistungen als auch strukturelle Veränderungen in der Berechnung der Regelsätze und ihrer künftigen Anpassung. Zumindest diese Verbesserungen müssen umgehend - und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt der Wahlperiode - auf den Weg gebracht werden.

Anmerkungen:

- Zur Änderung der Methodik Regelbedarfsbemessung – Eine Alternative zum gesetzlichen Verfahren; https://www.diakonie-wissen.de/documents/242233/12199797/DK_Regelbedarfe_210604_Web.pdf/330ccc64-92a7-46d3-ac31-acf0b5e7a665?version=1.0
- Zur vorausschauenden Anpassung der Regelsätze: Anne Lenze, „Verfassungsrechtliches Kurzgutachten zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a SGB XII zum 1.1.2022“; https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armut_abschaffen/doc/Kurzgutachten-_Lenze_09.2021.pdf
- Zur Angemessenheit der KdU auch für Altfälle: Nach Angabe der Bundesregierung waren bereits im Jahr 2021 für 15,4% aller Bedarfsgemeinschaften die tatsächlichen Unterkunftskosten höher als die anerkannten. Die Differenz pro Monat betrug durchschnittlich 90,79 Euro p.M. (BT-Drs 20/3018, Tab.°1); <https://dserver.bundestag.de/btd/20/030/2003018.pdf>